

Der Brunnerbrief

No. 09/2016 – 03.06.2016



Volkvertreter bei der NATO: Wolfgang Hellmich, ich und Ulla Schmidt beim Treffen der NATO-Parlamentarier am Wochenende in Tirana (Albanien). Wir sind es, die eine konstruktive Mittlerrolle mit Russland wünschen.

Erster Schritt zum Einwanderungsgesetz

Wir haben es geschafft. Endlich gibt es, nach langem Hin und Her, eine verbindliche Regelung für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten. Das Integrationsgesetz richtet sich nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ konnten wir Bedingungen schaffen, um das Integrationsangebot erheblich auszubauen. Dabei war es uns wichtig aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und adäquate Konsequenzen daraus zu ziehen.

Das Gesetz bietet Rechtssicherheit: So soll Migrantinnen und Migranten, die ein besonderes Maß an Engagement an den Tag legen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und mit einem verbrieften Bleibe-

recht von bis zu fünf Jahren gekoppelt werden. Das soll verhindern, dass Asylsuchende, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben, nicht vor Beendigung ihrer Ausbildung abgeschoben werden können. Dies hilft sowohl den Auszubildenden als auch dem Ausbildungsbetrieb erheblich.

Gleichzeitig war es uns wichtig, Integrationsverweigerer stärker in die Pflicht zu nehmen. Wer hier Schutz und Hilfe sucht, wird sie weiterhin bekommen, aber ich kann nicht einsehen, warum dieses Engagement einseitig bleiben soll. Wer sich nicht integrieren will und die Erlernung der deutschen Sprache, als Schlüssel zur Integration, ablehnt, hat zukünftig wenig Chancen dauerhaft in Deutschland bleiben zu können.

Andere Länder, wie Kanada oder die USA sind in diesem Punkt wesentlich weiter



www.facebook.com/Brunner.SPD

und sie haben Erfolg. Deshalb brauchen wir im nächsten Stritt ein wirkliches Einwanderungsgesetz.

Gaulands Eigentor

Was auch immer man vom Personal der AfD halten mag – eines muss man denen lassen: Sie verstehen sich auf Marketing. Mit gezielten Provokationen wird Aufmerksamkeit erregt, Etabliertes infrage gestellt, Themen gesetzt und das Spektrum des Vertretbaren schrittweise in die eigene Richtung verschoben.

Jüngstes Beispiel: Die infame Beleidigung des deutschen Fußballweltmeisters Jérôme Boateng, der laut dem einschlägig bekannten Foulspieler Alexander Gauland zwar zum Kicken, nicht jedoch als Nachbar taugt.

All jene, die den Wert von Menschen über Hautfarbe und Herkunft bestimmen, werden das gerne gehört haben. Für die Gemäßigteren unter den potentiellen Wählern wird die Relativierung gleich nachgeliefert. Man will es gar nicht so gesagt haben.

Kleiner Bonus dabei: Aussage steht gegen Aussage, aber irgendetwas bleibt bekanntlich immer hängen. Einmal mehr ist der Vorwurf der Lügenpresse im Raum. Warum die AfD wiederholt zu dieser Masche greift, dürfte also klar sein. Aber gibt es nicht eine Methode, mit der man sich gegen solche rotwürdigen Aktionen verteidigen kann? Tatsächlich ist das nicht ganz einfach.

Sportliche Fairness ist auf dem Weg zu kurzfristigem Erfolg oft ein Hindernis. Wer sich nicht an all die mühsam erarbeiteten sozialen Übereinkünfte hält, ist zunächst taktisch im Vorteil. In der öffentlichen Debatte gibt es keinen Schiedsrichter, der Tätlichkeiten abpfeifen und den unfairen Akteur vom Platz stellen kann.

Ich glaube aber, dass die Zuschauer über kurz oder lang merken, wie gewisse Leute spielen. Mit seiner unprovokierten Attacke gegen eine so weithin geschätzte Persönlichkeit hat Gauland die Stimmung ein wenig gegen sich gedreht.

Ein sensibles Thema

Die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern war überfällig und gleichzeitig ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir sind unserer Verantwortung gerecht geworden. Niemand kann die Souveränität des Deutschen Bundestages in Frage stellen, niemand hat das Recht diese Entscheidung zu sanktionieren. Soll der Türkische Präsident toben. Wir lassen uns nicht weiter provozieren und unter Druck setzen. Der Mord an 1,5 Millionen Armeniern kann nicht zu Gunsten eines Flüchtlingsabkommens der Vergessenheit anheimfallen.

Doch bleibt dies nur ein Anfang. Wir müssen uns nun endlich auch dem Schicksal der Herero, sowie dem namibischen Volk zuwenden, Schuld eingestehen und um Verzeihung bitten!

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



www.facebook.com/Brunner.SPD